

ANTRÄGE

1) Kennzeichnung von hochprozentigem Alkohol mit Warnhinweisen

GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den letzten Tagen waren wieder vermehrt Meldungen in den Zeitungen über sich ins Koma saufende Kinder. Leider ist das Alter der Konsumierenden stark nach unten gerutscht. Schon Zehnjährige konsumieren regelmäßig Wodka und Alkopops, ohne über die Gefährlichkeit für ihre Gesundheit und Entwicklung Bescheid zu wissen.

Aus diesem Grund wäre eine mögliche Maßnahme von vielen, Kinder mittels Warnhinweisen, ähnlich der auf Zigarettenpackungen, darauf hinzuweisen und somit einen kleinen Teil zur Prävention von Alkoholmissbrauch beizutragen.

Aus diesem Grund stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

das Gesundheitsamt solle beauftragt werden, eine Petition im Sinne des obigen Motivenberichts auszuarbeiten, um in Hinkunft Getränke mit hochprozentigem Alkohol im Sinne der Prävention mit Warnhinweisen auszustatten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Karenzierungsmöglichkeit politischer MandatarInnen

GRin. **Potzinger** und GR. **Kraxner** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Junge Mütter und Väter, die als politische MandatarInnen aktiv sind, bedauern, dass es in fast ganz Österreich keine Karenzierungsmöglichkeiten im politischen Berufsalltag gibt – dies ganz im Gegensatz zu der im übrigen Berufsalltag vorherrschenden und gut angenommen Praxis, wonach Frauen, wie auch Männer die Möglichkeit auf Karenzzeiten haben und einander gleichgestellt sind.

Eine löbliche Ausnahme bieten das Land und die Stadt Salzburg sowie die Stadt Innsbruck, wo sich MandatarInnen schon seit mehreren Jahren mit Verzicht auf den politischen Bezug karenzieren lassen können, um Betreuungsaufgaben übernehmen zu können. Während dieser Karenzzeit rückt die auf der Liste der jeweiligen Partei nächstgereichte Person befristet nach und macht nach Ende der Karenzzeit wieder für den / die ursprünglichen/-e Mandatsinhaber/-in Platz. Auf Nachfrage in Salzburg und Innsbruck wurde uns mitgeteilt, dass dieses Modell gut angenommen wurde.

Wir wünschen uns, dass sich Graz die Modelle von Salzburg und Innsbruck zum Vorbild nimmt und im Sinne einer kinderfreundlichen Gesellschaft so schnell wie möglich umsetzt.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrates sollen prüfen, wie in Anlehnung an die Modelle von Salzburg und Innsbruck Karenzierungsmöglichkeiten für politische MandatarInnen in Graz eingeführt werden können.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Brustkrebs-Früherkennung in Gefahr – Petition an den Gesundheitsminister

GRin. **Potzinger** und GRin. Mag.^a **Ennemoser** stellen folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Gesundheitsminister und der Hauptverband der Sozialversicherungsträger haben die Einführung eines neuen Brustkrebs-Screenings angekündigt – dies bedeutet eine massive Gefahr für alle Frauen jeglichen Alters. Es soll künftig nur noch die Mammographie in Masseneinrichtungen durchgeführt werden. Das bedeutet den Wegfall des persönlichen Arztgespräches, des wichtigen Ultraschalls und des Tastbefundes. Für Frauen unter 50 Jahren soll die derzeit gebräuchliche Brustkrebsfrüherkennungsmethode abgeschafft werden, für Frauen zwischen dem 50. und dem 69. Lebensjahr soll es nur alle zwei Jahre eine Untersuchung geben – dazwischen soll die e-card gesperrt werden. Auf Frauen ab dem 70. Lebensjahr wurde bei diesen Plänen komplett vergessen.

RadiologInnen warnen davor, dass durch diese Verschlechterungen bei der Vorsorge über 700 Karzinome pro Jahr in Österreich nicht mehr erkannt werden und 600 Frauen jährlich zusätzlich sterben könnten und bei hunderten weiteren Frauen eine Brustamputation notwendig würde. Dies kann nur verhindert werden, wenn wir in Österreich das jetzige Untersuchungssystem beibehalten. Es genügt nicht, ein Programm zur Erfüllung von EU-Richtlinien durchzuführen – nur die bestmögliche Vorsorge kann möglichst viel Leid verhindern.

Daher stellen wir namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Der Gesundheitsminister wird auf dem Petitionswege aufgefordert sicherzustellen, dass es in Österreich zu keinen Verschlechterungen bei der Brustkrebs-Vorsorge kommt.

Die derzeitigen fachärztlichen Leistungen dürfen nicht zulasten der Frauengesundheit gekürzt werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Mehrfachnutzung von Flächen in Graz / Grazer Messeareal

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz wächst, Prognostiziert um 30.000 Menschen bis 2020, tatsächlich fast um 3000 BewohnerInnen monatlich.

Daher spielt der mögliche Freiraum eine immer wichtigere Rolle. Die Bezirke Lend, Gries und Jakomini sind hier in einer besonders schlechten Situation.

Daher muss gerade dort, wo städtische, aber auch Firmenflächen zeitweise nicht genutzt werden, dringend über eine Zusatznutzung für den Freizeitbereich nachgedacht und verhandelt werden.

Das Areal der Grazer Messe zum Beispiel steht an den Wochenenden häufig leer. Die Fachwerkhalle, die um sehr viel Geld aus Denkmalschutzgründen erhalten werden musste, wird überhaupt nur an sehr wenigen Tagen im Jahr genutzt.

Jahrelang reden wir schon über eine überdachte Fläche für den Freizeit, den Sport und Spielbereich. In dieser Halle wäre genügend Platz und sie ist auch direkt von der Fröhlichgasse zu betreten, ohne dass man sich weiter auf das Areal der Messe begeben muss.

Ich stelle daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g:

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen mit der Leitung der Messe Graz über die Zusatznutzung des Areals im oben ausgeführten Sinn in Verhandlungen treten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Graz braucht mehr Farbe

GR. **Eichberger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Viele Fußgängerschutzwege ("Zebrastreifen") im Grazer Stadtgebiet präsentieren sich in einem erbärmlichen Zustand. Bei vielen geklebten Zebrastreifen sind die Folien

oftmals brüchig oder fehlen Teile, markierte Zebrastreifen sind vielfach verblasst oder zum Teil gar nicht mehr als solche erkennbar.

Ließ der lange Winter und die tiefen Temperaturen bis vor kurzem keine Markierungsarbeiten zu, sollte nunmehr umgehend mit den dringend notwendigen Markierungsarbeiten begonnen werden.

Wenn für zusätzliche Radwege und großflächige Färbelungsaktionen, wie in der Jakoministraße, hunderttausende Euro vorhanden sind, lasse ich mögliche budgetäre Ausreden für Nichtmarkierung von Schutzwegen oder schleppende Nachbesserungen zu Lasten der Sicherheit von FußgängerInnen nicht gelten.

Gerade die jüngsten erschreckenden - Unfallstatistikzahlen für Graz mit einem drastischen Anstieg von Verkehrstoten im Stadtgebiet müssten auch Auftrag und Verpflichtung für gut erkennbare Zebrastreifen sein und daher stelle ich namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

Antrag,

dass in einer Schwerpunktaktion sämtliche Fußgängerübergänge einer Kontrolle unterzogen werden und mangelhafte und verblasste umgehend in Stand gesetzt werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Kundenfreundlichere Öffnungszeiten für das Straßganger Freibad

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit der Sanierung im Jahr 1999 präsentiert sich das Straßganger Freibad, das mit seiner Wasserfläche von 11.400 m² zu einem der größten Freibäder Mitteleuropas zählt, als moderne Freizeitoase. Leider wird das Badevergnügen der zahlreichen Stammgäste und DauerkartenbesitzerInnen durch die kundenunfreundlichen Öffnungszeiten getrübt.

In Zeiten, in denen das Freibad an private Pächter vergeben war, konnten die Gäste teilweise sogar von 07.00 Uhr bis 22.00 Uhr ihrem Badevergnügen nachgehen. Seitdem die Freizeitbetriebe der Holding Graz die Führung des Bades wieder selbst übernommen haben, wurden leider auch die Öffnungszeiten sukzessive eingeschränkt, sodass aktuell ein Badebetrieb in der Hauptsaison von Juni bis August nur von 09.00 Uhr bis 20.00 Uhr möglich ist. Dies führt dazu, dass immer wieder bereits vor Öffnung des Bades eine lange Schlange an Badegästen bei der Kassa ansteht und bis zu 30 Minuten vergehen, bis man tatsächlich ins Bad gelangt. Auch für die Gäste des angeschlossenen Campingplatzes sind die derzeitigen Öffnungszeiten alles andere als kundenfreundlich.

Die starre Haltung der Freizeitbetriebe, was die Öffnungszeiten des Straßganger Bades betrifft, ist für viele Stammgäste nicht nachvollziehbar, da beim Eggenberger Freibad über die ganze Badesaison hinweg sehr wohl eine Öffnungszeit von 08.00 Uhr bis 21.00 Uhr ermöglicht wird. Anzumerken ist auch, dass die Badegäste in den Freibädern der Stadt Wien zumindest an Wochenenden und an Feiertagen schon ab 08.00 Uhr ihr Badevergnügen genießen können.

Ich stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, sich bei den Verantwortlichen der Holding Graz bzw. der Grazer Freizeitbetriebe dafür einzusetzen, dass die Öffnungszeiten des Straßganger Bades besser an die Kundenwünsche angepasst werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Bessere Information vor Wohnstraßen-Befragungen

GR. Kolar stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein Mehr an BürgerInnenbefragungen/BürgerInnenbeteiligung ist, dem wird niemand in diesem Haus widersprechen, ein Anliegen von uns allen. Allerdings sollten im Vorfeld von Befragungen Informationen dergestalt sein, dass die befragten BürgerInnen auch bestmöglich informiert werden, worüber sie befragt werden, welche Konsequenzen ein „Ja“ bzw. „Nein“ nach sich zieht.

Konkreter Anlassfall: Die Befragung der BewohnerInnen in einem Bezirksteil in Eggenberg, ob sie denn eine Wohnstraße haben wollen. Erst nachdem die Mehrheit mit „Ja“ stimmte, wurden die AnrainerInnen tatsächlich darüber im Detail informiert,

welche Rahmenbedingungen in Zusammenhang mit einer Wohnstraße zu beachten sind, wie eine Wohnstraße theoretisch ausgestaltet sein, wie eine Wohnstraße von den AnrainerInnen in Zukunft genutzt werden könnte und wer von den betroffenen AnrainerInnen im Rahmen einer Beteiligung eingebunden werden soll. Was, weil die Erwartungen zum Teil aufgrund fehlender Vorab-Informationen doch andere waren, zum Teil zu Irritationen bis Unzufriedenheit bei den Betroffenen führte. Das führte dazu, dass sich mittlerweile zahlreiche AnrainerInnen bereits die Frage stellen, wie denn das „Ja“ zur Wohnstraße wieder „rückabgewickelt“ werden könnte und ob denn diese Wohnstraße, der sie eigentlich nur unter aus ihrer Sicht falschen Annahmen bzw. mangelnden Informationen zustimmten, nun doch noch verhindert werden könnte.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Vor AnrainerInnenbefragungen betreffend Wohnstraßen ist durch die zuständigen Abteilungen bzw. die politische Referentin auf jeden Fall sicherzustellen, dass die AnrainerInnen bereits im Vorfeld ihrer Entscheidung ausreichend darüber informiert werden, welche Konsequenzen sich aus einer Wohnstraße ergeben, wie Wohnstraßen ausgestaltet sein könnten, welche Nutzungsmöglichkeiten gegeben wären und wie die Beteiligungsmöglichkeiten der AnrainerInnen bei den Planungen aussehen, damit Irritationen und Missverständnissen im Interesse der betroffenen BürgerInnen vorab begegnet werden können. Ebenso ist eine intensivere Einbindung der Bezirksvorstehung mit einer umfassenden fachlichen Vorab-Information zu gewährleisten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Aufnahme von Verhandlungen für die Erstellung eines Masterplanes für die Grazer Universitäten

GRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Sprachmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits am 12. Oktober 2010 habe ich namens der sozialdemokratischen Fraktion einen Antrag gestellt, dass die Stadt Graz die damalige Wissenschaftsministerin auffordert, einen Masterplan betreffend der Verbesserung der Situation für Studierende und Lehrende an den Grazer Unis zu erstellen sowie diesen umzusetzen und aus finanzieller Sicht mit dem zuständigen Finanzminister zu koordinieren.

Bis dato hat sich nichts getan. Im Gegenteil: Die Situation wird immer schlimmer. Nach Angaben der Rektoren müssen die österreichischen Unis ab 2013 mindestens 300 Mio. Euro einsparen. Die Hälfte der Einsparungen betrifft den Sach- und den Personalaufwand. Damit sind einerseits sowohl bestehende Arbeitsplätze bedroht, und andererseits werden die Studienbedingungen für Student/Innen immer schlechter.

Der Handlungsbedarf wird in Anbetracht der immer trister werdenden Situation an den Unis immer akuter.

Es ist notwendig, einen Masterplan für die Verbesserung der Bedingungen an den Unis sowohl für Studierende als auch für Lehrende zu erstellen und für eine finanzielle Absicherung der Grazer Universitäten einzutreten.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl auf, in Verhandlungen mit dem Bund betreffend Erstellung eines Masterplanes für die Grazer Universitäten und deren bestmögliche finanzielle Absicherung zu treten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

9) Gedenkstunde im Gemeinderat

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Am 5. Mai 1945 wurde das KZ Mauthausen, das als einziges KZ im Deutschen Reich der Kategorie III – Vernichtung durch Arbeit, zugeordnet war und in der Fachliteratur als eines der schrecklichsten beschrieben wird, von der 11. US-Panzerdivision der 3. US-Armee befreit. Das KZ Mauthausen hatte 49 Nebenlager, 5 davon in der Steiermark. Etwa 200.000 Menschen aus 30 Nationen waren in Mauthausen inhaftiert, und ca. 100.000 Inhaftierte fanden dort einen grausamen Tod.

Von den 200.000 Inhaftierten waren 2,5% Frauen, ebenso wie Kinder und Jugendliche.

Seit 1998 gibt es anlässlich der Befreiung des KZ Mauthausen den nationalen Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Ruth Klüger, Literatur- und Sprachwissenschaftlerin, Kind eines jüdischen Arztes in Wien und als 11-Jährige mit ihrer Mutter nach Theresienstadt, danach nach Auschwitz und Christianstadt deportiert, meinte sinngemäß in ihrer

Rede anlässlich der heurigen Gedenkfeier des Parlaments, dass ein Rechtsstaat nicht automatisch ein Rechtsstaat bleibt und wenn es die politischen Umstände ergeben, dieser auch jederzeit wieder über „den Haufen geworfen werden kann“.

2010 betrug die Zunahme der Strafanzeigen wegen NS-Wiederbetätigung in Österreich 39,5%. Konkret heißt das, dass 2008 in 17 Fällen, 2009 in 104 Fällen und 2010 in 153 Fällen durch die Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wurde, 244 Verfahren wurden abgebrochen – ohne Begründung. Erschreckend ist auch die Zunahme rechtsradikaler Hetze gegen MigrantInnen, Roma und Juden und die Verbreitung von rassistischem und fremdenfeindlichem Material über das Internet. Die Stadt Graz setzt als Menschenrechtsstadt und Mitglied der Städtekoalition gegen Rassismus viele Zeichen gegen Rechts. In diesem Sinne wäre eine jährliche Gedenkstunde in der GR-Sitzung im Mai von großer Bedeutung.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

A n t r a g :

Ab 2012 soll vor Beginn der Gemeinderatssitzung im Mai eine Gedenkstunde gegen Gewalt und Rassismus anlässlich der Befreiung des KZ Mauthausen abgehalten werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Ersatz für Problemstoffsammelstellen der aufgelassenen Bezirksämter

GRin. **Bergmann** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit der Schließung der Bezirksämter wurden in den Bezirken auch alle Problemstoffsammelstellen, welche an die Bezirksämter angeschlossen waren, abgeschafft.

Für die Bevölkerung steht nunmehr als einzige Abgabestelle für Problemstoffe nur mehr die Sammelstelle in der Sturzgasse zur Verfügung.

Viele Menschen sind an uns herangetreten und vermissen diese Sammelstellen in den Bezirken. Vor allem für viele ältere Menschen und jene, die auf den ÖV angewiesen sind, ist es äußerst aufwendig, für etwas Altöl oder einige Batterien extra in die Deponie Sturzgasse zu fahren.

Der Bezirksrat Wetzelsdorf hat in seiner letzten Sitzung dieses Thema in Form eines Antrages ebenfalls behandelt. Es wird befürchtet, dass das Altöl im Haushalt wieder verstärkt im Abwasser entsorgt wird.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

A n t r a g :

In allen Grazer Stadtbezirken, in denen die Problemstoff - Sammelstellen auf Grund der Schließung der Bezirksämter aufgelassen wurden, sollen für diese umgehend wieder Ersatzstellen eingerichtet werden.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Genehmigung von Baudichteüberschreitungen

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit Hilfe von Sachverständigengutachten des Bauamtes können durch den Flächenwidmungsplan oder Bebauungspläne festgesetzte Baudichten überschritten werden. Um im ohnehin zeitintensiven Bauverfahren eine gewisse Flexibilität zu gewährleisten, ist diese Möglichkeit auch sinnvoll.

In Einzelfällen werden durch diese Sachverständigengutachten jedoch Entscheidungen des Gemeinderates in nicht unerheblichem Ausmaß abgeändert.

Um hinkünftig die Verantwortung in einem speziell im städtischen Gebiet so sensiblen Bereich, wie es die Baudichte darstellt, von einem städtischen Bediensteten auf ein demokratisch gewähltes Kollegialorgan zu übertragen, stelle ich namens des KPÖ Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge beschließen, durch bauamtliche Sachverständigengutachten geplante Überschreitungen der im Flächenwidmungsplan, Bauungsrichtlinien oder Bebauungsplänen festgesetzten Baudichte von mehr als 20% sind hinkünftig dem Stadtsenat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) FKK-Bereiche in Grazer Schwimmbädern

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Nachdem im umgebauten Bad Eggenberg der ehemalige FKK-Bereich verschwunden ist, sind nunmehr für den bloßen Wunsch, hüllenlos ein Sonnenbad zu genießen, 18 Euro (Wellnessbereich) zu berappen - sehr zum Ärger vieler Grazerinnen und Grazer.

In unserer Stadt gibt es immer weniger Möglichkeiten, preisgünstig ein hüllenloses Sonnenbad zu nehmen. Nicht alle Grazerinnen und Grazer verfügen über einen Garten, viele auch nicht einmal über einen Balkon. Daher ist auch dem Wunsch vieler FKK-Freunde Rechnung zu tragen und verstärkt diese Möglichkeit in den öffentlichen Bädern preiswert einzurichten. Neben Eggenberg wünschen sich zum Beispiel auch viele Andritzer im Stukitzbad ein entsprechendes Angebot. Schließlich können sich nicht alle teure Urlaube leisten.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat möge an die zuständigen Stellen in der Holding Graz – Freizeitbetriebe – mit dem Wunsch herantreten, in öffentlichen Bädern verstärkt preiswerte FKK-Bereiche einzurichten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Weiterführung der Förderung des Vereins „Patchwork-Familien-Service“

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Verein „Patchwork-Familien-Service“ in Graz ist bundesweit die einzige Organisation, die Familien im Wandel, Alleinerziehende, Besuchselternteile und Patchworkfamilien mit einem umfassenden Elternbildungs- und Coachingangebot begleitet. Seit 2002 wurden rund 3000 Familien betreut und unterstützt. Die Zielgruppe sind zu 80 % alleinerziehende Frauen. Viele von ihnen sind auch armutsgefährdet. Das Angebot des Vereins umfasst einerseits individuelle und gesellschaftspolitische Bewusstseinsarbeit sowie Initiativen zur Durchsetzung der gesetzlichen Gleichstellung von unterschiedlichen Lebens- und Familienformen und andererseits zahlreiche Workshops und Projekte zu Themen wie z. B. Trennung/Scheidung, Stressbewältigung, Kommunikationstraining und Leben in Patchworkfamilien. Der Bedarf nach professioneller Unterstützung ist steigend, aber die finanziellen Mittel wurden sukzessive gekürzt. Auf der Ebene des Landes wurden vom Familienressort die ursprünglich zugesicherten 20.000 Euro auf 8300 Euro im letzten Jahr reduziert, und für dieses Jahr wurde die Förderung ganz gestrichen. Die finanzielle Unterstützung auf Stadtebene erfolgte bislang von zwei Seiten, nämlich aus den Ressorts von Stadtrat Eisel-Eiselsberg und Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck. Während der Verein von Stadtrat Eisel-Eiselsberg letztes Jahr 1.500 Euro erhielt und jetzt 2011 mit 2.000 Euro rechnen kann, wurde die finanzielle Unterstützung bei Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck für dieses Jahr gänzlich gestrichen. Die Summe der Subventionen hat sich dadurch drastisch reduziert und führt dazu, dass dadurch die kontinuierliche Arbeit des Vereins „Patchwork-Familien-Service“ mehr als gefährdet ist.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Es sollen Möglichkeiten zur finanziellen Unterstützung geprüft werden, damit der Verein „Patchwork-Familien-Service“ seine Arbeit im Interesse der betroffenen Alleinerziehenden weiterführen kann.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Grazer Schwimmbäder – kostenloser Eintritt in den Sommerferien für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit 1. Mai hat, so wie jedes Jahr auch, die Saison in den meisten Grazer Bädern begonnen. Die Erhöhung der Eintrittspreise in den Grazer Schwimmbädern schlug hohe Wellen, und da vor allem die Preise in der „Auster“ Eggenberg. Um positiv zu bilanzieren, rechnete die Holding ja mit einem „Auster“-Besuch von durchschnittlich 1000 Badegästen pro Tag. Im Schnitt kamen jedoch bisher nur knapp über 600 Gäste. Die Erhöhung der Eintrittspreise in den Grazer Schwimmbädern kompensiert zum Teil den Entgang der prognostizierten Einnahmen.

Für die Familien, Jugendlichen und Kinder bedeutet die eklatante Verteuerung der Eintrittspreise für die Grazer Schwimmbäder jedoch einen Sprung ins kalte Wasser und einen weiteren finanzieller Anschlag an all jene, die sich keine teuren

Urlaubsfahrten leisten können und schon jetzt mit ihren Familien am Rande der Armut leben. Das ist der Grund, warum die KPÖ die Erhöhung der Tarife in den Schwimmbädern ablehnt und Vergünstigungen für Menschen mit geringem Einkommen fordert.

In den Semesterferien wurde als Eröffnungszuckerl der Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre in der „Auster“ kostenlos angeboten und auch sehr stark in Anspruch genommen. Die Holding Graz sollte auf diesen starken Zuspruch reagieren und das Angebot auch in den großen Sommerferien, als Entlastung für die vielen Familien, die sich die Eintritte nicht leisten können, flächendeckend in allen Grazer Schwimmbädern als kleine Familienentlastung einführen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit der Graz Holding in Verbindung zu treten, um die Möglichkeit zu prüfen, flächendeckend in allen Grazer Schwimmbädern als kleine Familienentlastung während der großen Sommerferien den Eintritt für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren kostenlos anzubieten.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Städtischer Kindergarten – flexibles Zeitmodell umsetzen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Stadt Graz wird das Belastungspaket des Landes in punkto Abschaffung des Gratiskindergartens bei der heutigen Gemeinderatssitzung mit Stimmenmehrheit, jedoch gegen die Stimmen des KPÖ Gemeinderatsklubs, umsetzen und auch die neuen Tarife mit eklatanten Beitragserhöhungen bei der Betreuung und beim Essen absegnen. Ein sozialpolitisch gesehener Höhepunkt ist mit einem Schlag nach nur drei Jahren Geschichte, und das wieder einmal auf Kosten der Familien.

Es gibt zwar eine Familieneinkommensgrenze von 1.500 Euro netto monatlich, unter welcher der Kindergartenbesuch gratis sein soll. Aber auch für diese Einkommensgruppe gibt es Härtefälle. Obwohl die gesetzlichen Grundlagen für das verpflichtende Kinderbetreuungsjahr für 5-Jährige keine starre zeitliche Begrenzung für die 30 Wochenstunden am Vormittag vorsehen, hält die Stadt Graz trotzdem weiterhin daran fest. Das verpflichtende Kinderbetreuungsjahr für 5-Jährige im Kindergarten ist nun nur mehr im Ausmaß von 30 Wochenstunden gratis, jedoch nur am Vormittag von 7.00 bis 13.00 Uhr.

Wenn als Fallbeispiel z. B. eine Alleinerzieherin im Wechseldienst ihr 5 jähriges Kind in einer Ganztagesbetreuungseinrichtung im Ausmaß von 25 Stunden in Betreuung gibt, war die Betreuung bisher gratis. Mit der von der Stadt Graz angebotenen konservativen zeitlich beschränkten Vormittagsregelung werden der Alleinerzieherin im Wechseldienst jene Stunden, die berufsbedingt am Nachmittag oder vor 7.00 Uhr anfallen, nun kostenpflichtig berechnet. Und das, obwohl diese im Stundenrahmen des verpflichtenden Kinderbetreuungsjahres in Anspruch genommen werden.

Für diese von der Stadt Graz angebotene starre Regelung gibt es keine nachvollziehbare gesetzliche Begründung, außer vielleicht jene, dass die Stadt auf Kosten der sozial ohnehin schon schwer angeschlagenen Familien zu Mehreinnahmen in ihrer maroden Haushaltskassa kommt. Auch entspricht diese starre Regelung nicht den realen Arbeitswelten, vor allem von Frauen in unserer Gesellschaft.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats wird ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob im Bereich der städtischen Kinderbetreuung die starre und zeitlich beschränkte Regelegung der Vormittagsbetreuung gestrichen und dafür ein modernes, zeitlich flexibles und vor allem an die reale Arbeitswelt angepasstes System eingeführt werden kann.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Parkplatz-Misere vor dem Bad Eggenberg

GRin. **Benedik** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit der Renovierung und Neugestaltung des Sport- und Freizeitbades Eggenberg wurde einerseits eine hochwertige neue Badeanlage mit dem Anspruch, ein Anziehungspunkt auch für Menschen außerhalb unserer Stadt zu sein, errichtet,

während andererseits die Erreichbarkeit dieser Anlage aufgrund der unzureichend gelösten Parkplatzsituation wesentlich erschwert wurde.

Zahlreiche der Antragstellerin vorliegende Bürgerbeschwerden monieren das Versäumnis der Stadt Graz, für ein adäquates Parkplatzangebot zu sorgen.

Demgemäß wäre es nämlich sehr naiv zu glauben, dass vor allem Familien aus dem Grazer Umland ausschließlich auf die öffentlichen Verkehrsmittel zurückgreifen werden, um zum Freibad zu gelangen. Die Anwohner angrenzender Straßenzüge befürchten jedenfalls – nicht ganz unbegründet – dass aufgrund der zu erwartenden Verparkung durch Badegäste die tägliche Parkplatzsuche erheblich erschwert wird.

Direkt an das Bad Eggenberg grenzen an der Georgigasse zwei Grundstücke an, die - eine Einigung mit den Eigentümern vorausgesetzt – zumindest teilweise als Parkplatzanlage genutzt werden könnten. Es handelt sich hierbei um das Eckgrundstück Georgigasse/Algersdorfer Straße im Eigentum der GBG bzw. um das daran angrenzende Grundstück der Kongregation der Franziskanerinnen von der Unbefleckten Empfängnis, Österreichische Provinz (sprich Schulschwestern).

Ziel dieser Initiative ist es nun, die Versäumnisse der zuständigen Politiker zumindest teilweise zu kompensieren und nachträglich ein ausreichendes Parkplatzangebot zu schaffen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Nagl wird ersucht, namens der Stadt Graz an die Eigentümer gegenständlicher Grundstücke heranzutreten, um über eine zumindest

teilweise, zivilrechtlich näher zu definierende, Abtretung gegenständlicher Grundstücke zu Parkplatzzwecken an die Stadt Graz zu verhandeln.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Fußgängerübergang Waltendorfer Hauptstraße /Savenauweg

GR. **Hötzl** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

An der im Betreff bezeichneten Kreuzung befindet sich eine Bushaltestelle, die während der Betriebszeiten von zahlreichen Personen frequentiert wird.

Daraus ergibt sich auch, dass wiederholt Fußgänger die Waltendorfer Hauptstraße queren, wobei hierorts kein gekennzeichnete Fußgängerübergang existiert, weshalb regelmäßig gefährliche Situationen entstehen.

Es empfiehlt sich also, die Autofahrer auf die querenden Fußgänger hinzuweisen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter des Magistrates Graz werden beauftragt, an der im Betreff bezeichneten Stelle die Errichtung eines markierten und beschilderten

Fußgängerüberganges zu prüfen und diese gegebenenfalls unverzüglich durchführen zu lassen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

18) Verkehrsspiegel Kollonitschstraße-Stiftingtalstraße

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Verkehrsspiegel heben die Sicherheit und erleichtern auch den Verkehrsteilnehmern die Einfahrt in sehr bewegte Straßen.

Ich stelle daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, die Aufstellung eines Verkehrsspiegels an der Kreuzung Kollonitschstraße - Stiftingtalstraße zu prüfen und bei positivem Ergebnis eine sofortige Aufstellung zu veranlassen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

19) Universitätsviertel; medizinische Bewertung der Schallpegelmessung

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wie den betroffenen Anrainern seitens der offiziellen Stellen der Stadt Graz mitgeteilt wurde, hat es im Universitätsviertel eine - von Amts wegen durchgeführte - Messung des Schallpegels während der Nachtstunden gegeben.

Allerdings wurde eine medizinische Auswertung der Messergebnisse nicht eingeleitet. Da es aber gerade darum geht, die gesundheitsschädlichen Folgen der nächtlichen Lärmbelastungen zu dokumentieren und die betroffenen Anrainer gerade aus diesem Grund ein Einschreiten der Behörden erwarten, erscheint vor allem eine entsprechende medizinische Auswertung der Messergebnisse als angebracht.

Ich stelle daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Ämter werden beauftragt, die Ergebnisse der aktuellen Schallpegelmessungen durch medizinisch sachverständige Personen bewerten zu lassen und die hieraus gewonnenen Ergebnisse dem Gemeinderat zu präsentieren.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

20) Einbau von Rauchmeldern

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In letzter Zeit musste leider abermals ein Todesopfer durch Brandeinwirkung beklagt werden.

Gemäß einer Aussage von Dr. Alfred Pölzl, dem Chef der Feuerpolizei und stellvertretenden Branddirektor der Grazer Berufsfeuerwehr, hätte dieses Leben durch die Installation eines Heimrauchmelders, welcher schon bei geringer Rauchentwicklung mittels eines lauten Signaltones, der auch von Wohnungsnachbarn gehört wird, alarmiert, gerettet werden können.

Dieser traurige Vorfall soll zum Anlass genommen werden, um wieder darauf hinzuweisen, dass diese zehn Zentimeter kleinen und finanziell erschwinglichen Geräte Menschenleben retten können. In einer Aussendung der Berufsfeuerwehr steht zu lesen, dass in der betroffenen Siedlung kein einziger Rauchmelder vorzufinden war. Tatsächlich sind lediglich 4 % der Grazer Haushalte mit Rauchmeldern versehen.

Während in Kärnten, Deutschland und anderen Ländern der Europäischen Union der Einbau von Rauchmeldern durch das Baugesetz vorgeschrieben wird, ist die Steiermark auf diesem Gebiet leider säumig. So ist im Grazer Stadtgebiet nur knapp

die Hälfte der Hochhäuser mit Garagen mit entsprechenden Rauchmeldern ausgestattet.

Ich stelle daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates werden beauftragt, Mittel und Wege zu finden, um der Grazer Bevölkerung die Vorteile eines Rauchmelders in Zusammenhang mit den Gefahren für Leib und Leben zu verdeutlichen. Die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit - im Besonderen die BIG - und das Sicherheitsmanagement mögen in diese Aktion eingebunden werden. Weiters soll die Möglichkeit einer besonderen Förderung für den Ankauf von Rauchmeldern durch Privatpersonen in Erwägung gezogen werden.

Einen wesentlichen Anteil an dieser Aufklärungsaktion für die Grazer Bevölkerung sollte die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Graz einnehmen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

21) Verbesserung der Straßenreinigung

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Seit einiger Zeit werden Straßenreinigungsarbeiten durch die Holding Graz aus Spargründen ohne ein zuvor verordnetes Halte- und Parkverbot durchgeführt. Die Reinigungswagen fahren daher oftmals im Schnellverfahren durch die zu reinigenden Straßen.

Aufgrund zahlreicher, am Straßenrand parkender Fahrzeuge kann die Reinigung nur mit einem schwachen Wasserstrahl erfolgen. Der Schmutz wird somit auf den Gehsteig geschwemmt, wobei ein manuelles Nachreinigen üblicherweise nicht stattfindet. Beobachtet und durch Fotomaterial dokumentiert wurde eine derartige Verunreinigung der Gehsteige beispielsweise am 29. März 2011 in der Leechgasse. Um ein sauberes Grazer Stadtbild zu erhalten und um Staubaufwirbelungen in Zukunft zu vermeiden, sollten Reinigungsarbeiten in der alten und bewährten Form durchgeführt werden. Dazu ist in den betreffenden Straßen ein Halteverbot für die Zeit der Reinigung auszusprechen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit den zuständigen Personen der Holding Graz in Kontakt zu treten und eine Verbesserung der Straßenreinigung, vor allem durch Verordnung von Halteverboten während der Durchführung, anzuregen.

Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl schließt die Sitzung des Gemeinderates um 18.35 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bürgermeisterstellvertreterin Lisa Rücker

Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GRin. Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb